



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration führt gemeinsam mit dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz durch.

Dabei soll insbesondere erörtert werden, ob das Gesetz in verfassungsgemäßer Weise die Rahmenbedingungen dafür schafft, um dem Ziel einer erfolgreichen Integration gerecht zu werden. Zu diesem Zweck sind insbesondere Experten aus Wissenschaft, der kommunalen Spitzenverbände, der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Hilfs- und Migrantenorganisationen, der Kirchen und Religionsgemeinschaften und der Unternehmen anzuhören.

Begründung:

Im Jahr 2015 sind über eine Million Menschen nach Deutschland eingewandert. Viele der Menschen werden in Deutschland bleiben. Sie werden ein Teil der Gesellschaft werden. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass der Integrationsprozess erfolgreich verläuft. Das Gelingen des Integrationsprozesses hängt vor allem davon ab, ob diese Menschen ihren Platz in der Gesellschaft finden werden. Dabei sind sie nicht nur auf die Hilfe der Kommunen, in denen sie leben, der vielen Verbände und Vereine, Hilfs- und Migrantenorganisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Unternehmen und dem Engagement zahlreicher Bürger und Bürgerinnen angewiesen, sondern sie bedürfen auch der Unterstützung von staatlicher Seite. Der Staat muss unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, um sowohl Migranten und Migrantinnen in ihrem Bemühen um Integration als auch die Arbeit der einzelnen Akteure zu unterstützen. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure erfordert. Die unterschiedlichen Anliegen müssen daher Berücksichtigung finden, um die wichtige Aufgabe der Integration erfolgreich zu meistern.